

Transfer zugunsten der finanziellen Eliten auf Kosten der Lohnempfänger und Sozialhilfeempfänger gleichen. Aber wir müssen die Spannungen, die diese Entwicklung zwingend nach sich zieht, dazu nutzen, unsere eigenen Ideen für ein faireres und zusammenhängendes wirtschaftliches Modell für Europa salonfähig zu machen – und uns jetzt darauf vorbereiten, einen energischen Wahlkampf für unsere politische Alternative zu führen, um in den nächsten Europawahlen 2014 erfolgreich sein zu können.

Wir müssen diese Idee wiederbeleben, dass unsere Wirtschaft dazu da ist, unserer Gesellschaft zu dienen – nicht umgekehrt. Diese Idee, dass die Rolle und die Begrenzungen der Marktkräfte und des persönlichen Profits durch bewusste und kollektive Entscheidungen der Bürger bestimmt werden müssen. Die Zukunft, nicht nur der sozialen Demokratie sondern der Demokratie als solcher, wird davon abhängen.

(aus dem Englischen von Tobias Kohnitzer)

Sylvie Goulard

Ein Weckruf für Europa

»Bürden wir dem Euro nicht die Last unserer Unzulänglichkeiten auf!«

Die seligen Zeiten einhelligen Eintretens für ein vereintes Europa sind vorbei. Es ist nicht zu leugnen, dass die EU eine schwierige Phase durchlebt.

Mehrere Länder der Euro-Zone werden von einer schweren Krise geschüttelt. Das gemeinsame Zahlungsmittel stellt für sich genommen einen Erfolg dar (eine Währung, stabiler noch als die D-Mark, eingedämmte Inflation), doch lässt die Krise der Randstaaten um seine Stabilität fürchten. Der Euro stößt auf Ablehnung: im Norden, weil man den Ländern helfen muss, die ihren Verbindlichkeiten nicht nachkommen können; im Süden, weil die dortige Bevölkerung harten Belastungsproben ausgesetzt, wenn nicht erniedrigt wird. Das Europa der 27 wollte einen Kontinent versöhnen, doch nie waren die Spannungen größer.

Der Vertrag von Lissabon sollte für mehr Effizienz und Einfachheit sorgen; er hat aber die Gesamtlage verkompliziert. Die jeweiligen Rollen des Kommissionspräsidenten und des Ratspräsidenten sind unklar. In den arabischen Aufständen sieht die EU, mit Blindheit geschlagen, nicht den Sieg der Demokratie und ihrer Werte; sie



Sylvie Goulard

(* 1964) MdEP, ist Koordinatorin des Komitees für ökonomische und monetäre Angelegenheiten (ECON) der Allianz der Liberalen und Demokraten für Europa (ALDE). Zurzeit ist sie Berichterstatte für den Text zur Haushaltsüberwachung im Rahmen einer europäischen Wirtschaftsregierung.
sylvie.goulard@europarl.europa.eu

fürchtet nur den Flüchtlingsstrom, und die Gründerstaaten schließen ihre Grenzen.

Die Europa-Befürworter müssen gewisse Fehler und Niederlagen einräumen. Ganz offensichtlich müssen beim Bau der Europäischen Gemeinschaft neue Wege eingeschlagen werden, vor allem um das Aufkommen eines gefährlichen Populismus einzudämmen. Doch ein undifferenziertes EU-bashing ist auch nicht klug; mit ein bisschen Abstand lässt sich leicht feststellen, dass in einer unsicheren Welt unser Wohlstand und unsere Lebensqualität immer wieder von unserer Fähigkeit zum ge-

meinsamen Handeln abhängen. Und dass es oft die nationalen Verantwortungsträger sind, die das Gemeinschaftswerk untergraben.

Vergessene Erfolge

Offen gesagt liegt der Hauptfehler der EU darin, die Erwartungen über Gebühr erfüllt zu haben: Der Frieden scheint gesichert. Trotz Millionen von Armen sind unsere Gesellschaften reicher denn je. Ungeübt genießen wir diese – wenn auch neue und fragile – Stabilität wie die von der modernen Medizin gewährleistete Gesundheit. Weit davon entfernt, dankbar zu sein für das, was funktioniert, sehen wir mehr auf das, was nicht funktioniert. Dabei sollte die Rasanz, mit der sich der Ton der öffentlichen Debatten verschlechtert, uns zu denken geben, darüber, was wir zu verlieren haben, wenn wir diese Werte gering schätzen. Niemand mehr betreibt die Lehre der Union. Niemand mehr fühlt sich mehr dafür verantwortlich, die Europäische Union zu verteidigen. Im Fernsehen ist das »Euro-bashing« in Mode gekommen. Jeder profitiert von den Vorteilen des Erreichten und billigt dabei alle Schwierigkeiten auf höherer Ebene. Jacques Delors hat kürzlich ganz richtig gesagt: »Bürden wir dem Euro nicht die Last unserer Unzulänglichkeiten auf!« So sind die dem Euro zugeschriebenen Probleme wesentlich mit Fehlentscheidungen in der nationalen Politik und mit Fehlern in der wechselseitigen Aufsicht verbunden, die der Kommission und mehr noch dem Ministerrat obliegt: maßlose und unverantwortliche Verschuldung in Griechenland und Portugal. Stagnierendes Wachstum in Irland oder Spanien.

Des Weiteren dient die Europäische Union als Projektionsfläche für den Zorn der Menschen, denen es schlecht geht – und das sind viele – genauso wie sie für gewisse skrupellose Populisten den idealen

Sündenbock abgibt. Sie ist der sichtbare Kanal, durch den vor unseren Augen die nationale Souveränität zu verschwinden scheint. Dabei liegt das Problem unendlich viel tiefer. Schon seit Jahren gibt es keine reine und vollkommene »Souveränität« mehr. Die Gestaltungsmöglichkeiten der Staaten werden auf unsichtbare Weise immer geringer: Der globale Charakter der anstehenden Probleme (Klima, Finanzfluss, Migration etc.) lässt keine »nationalen« Lösungen mehr zu; und das Aufkommen junger, dynamischer Schwellenländer stellt unsere bevölkerungsärmeren und überalterten Länder ernsthaft auf die Probe.

Der Großteil der politischen Parteien und der Meinungsmacher verweigert den Blick auf diese Entwicklungen oder zumindest zieht er nicht die richtigen Konsequenzen daraus. Auf die Gefahr hin, nichts zu unternehmen, verfolgt man die Strategie, so lange wie möglich die Macht zu »erhalten« und nationale Strukturen zu wahren, die zwar ihre Verdienste hatten, aber nicht für die Ewigkeit eingerichtet sind, und die für die Wahrung unserer Interessen nicht mehr genügen. Nicht Idealismus soll uns dazu treiben, Europa zu verteidigen und zu festigen. Sondern kühles Abwägen unserer eigenen Interessen. »Wir übrigen Kulturen wissen, dass wir fortan sterblich sind«, schrieb Paul Valéry Anfang des 20. Jahrhunderts.

Der ganze Planet leidet unter einem Paradoxon: Dort wo die Macht organisiert ist, beherrscht sie nicht mehr immer das Geschehen. Dort wo sie ausgeübt werden sollte – auf globaler oder überregionaler Ebene – existiert nur eine notdürftige internationale Zusammenarbeit, die das Fehlen eines echten »Regelungssystems« kaum wettmachen kann. Wenn in allen Demokratien die nationale politische Klasse so sehr enttäuscht, dann weil sie die autozentrierten Wahlversprechen nicht mehr einhalten kann. Der G 20-Gipfel ist ein gutes Beispiel für eines dieser Luftschlösser: Es

wird viel geredet, und als Diskussionsforum ist er ganz nützlich, doch welche konkreten Konsequenzen ergeben sich aus diesen Debatten? Ob es um die Vergütung der Banker geht oder die Austrocknung von Steuerparadiesen, von sich abzeichnenden Resultaten sind wir mitten in der Krise weit entfernt. Jeder kehrt zu sich nach Hause zurück, ohne zwangsläufig die angesprochenen Dossiers gemeinsam voranzubringen. Widerstände, Lobbys, auseinandergelagerte Interessen bremsen den Arbeitsprozess. Und weder Repräsentativität noch Demokratie sind für diese globale Runde charakteristisch!

Was ist zu tun?

Erstens: Wir müssen uns dieser Entwicklung grundlegend bewusst werden und die gebotenen politischen Konsequenzen daraus ziehen. Eine neue Form der Machtausübung in umfangreicheren kooperativen Zusammenschlüssen ist unerlässlich. Die Herausforderung unserer Generation besteht darin, endlich rechtsstaatliche und demokratische Verhältnisse auf globaler Ebene zu erreichen. Utopisch? Die Beendigung der ursprünglichen Kräfteverhältnisse zwischen Frankreich und Deutschland 1950 war es nicht weniger. Die Erneuerung der Europäischen Gemeinschaft für Kohle und Stahl (EGKS) und danach der EG und der EU hat jedoch Folgen gezeitigt. Auf diesem Weg kann die EU auf 60 Jahre Know-how verweisen. Sie ist ein wertvolles, verbesserungsfähiges Werkzeug. Bringen wir sie in einer Zeit, in der sie uns von so großem Nutzen sein kann, nicht weiter in Misskredit!

Zweitens: Was auch immer geschieht, wir müssen den Euro verteidigen und dementsprechend nicht damit beginnen, die einzige tragfähige Lösung auszuschließen, die Schaffung einer besser integrierten, also demokratischeren wirtschaftlichen und politischen Einheit. Die Schlüsselfrage der

Euro-Zone besteht nicht darin, technische Maßnahmen zur Refinanzierung eines verschuldeten Randstaates zu entwickeln, sondern uns wieder zu disziplinieren, endlich unsere Wirtschaften zusammenzuführen und vor allem die EU mit einem Budget auszustatten, das diesen Namen verdient, und es zu wagen, einen Teil der Schulden unter bestimmten Auflagen auf die Gemeinschaft umzulegen. Dies setzt vor allem einen noch nie dagewesenen Schritt in Richtung Demokratie voraus. In keinem Fall kann der Rat der Europäischen Union sich mit den Fragen der Löhne, des Eintrittsalters in den Ruhestand und der Wettbewerbsfähigkeit im Energiebereich beschäftigen, ohne darüber öffentlich Rechenschaft abzulegen! Das würde das sichere Scheitern bedeuten, einen inakzeptablen Rückgang des Zivildialogs und der repräsentativen Demokratie. Im EP, dem ich als Referentin angehöre, arbeiten wir ganz im Gegenteil daran, *endlich* einen öffentlichen, grenzübergreifenden Dialog über diese Themen herzustellen. Es ist tragisch, ansehen zu müssen, dass hier Tabus aufgebaut werden (»keine Transferunion«), wo doch die aktuellen Lösungen unendlich viel teurer zu werden drohen als die entsprechenden Maßnahmen. Die Gründerväter des Euro hatten niemals geplant, dass die aktuellen intermediären und unvollkommenen Strukturen über Jahrzehnte hinweg Bestand haben sollten. Eine gemeinsame Währung erfordert eine politische Union.

Drittens: Wir müssen es zum Hauptziel dieser Union machen, das Anwachsen der Ungleichheiten in und zwischen unseren Ländern zu bekämpfen. Wir müssen das soziale Netz wieder zusammenknüpfen. Die Werte, auf denen die europäischen Nachkriegsgesellschaften gründen, sind in Auflösung begriffen. Während in der Präambel der Römischen Verträge das »Wohlbefinden« der Bevölkerung zum gemeinsamen Ziel erhoben wurde und die EG sich als »Gemeinschaft« verstand, ist die Union Schritt für Schritt zu einem Kartell

der Egoisten geworden. Die Staatsregierungen verhalten sich wie blinde Passagiere, wenn sie sich weigern, die Disziplin der Gemeinschaft zu achten, und auf die unhaltbaren Unterschiede der Wettbewerbsfähigkeit setzen.

Einige Finanzleute stecken unanständige Honorare ein, ohne einzuräumen, dass sie damit das soziale Gleichgewicht zerstören. Andere spucken auf die Hand, die sie gefüttert hat. So gibt es Politiker und selbst einstige Unternehmensführer, die den Zusammenbruch der Euro-Zone an die Wand malen, ohne zu sagen, dass Frankreich und Deutschland sich in zwei getrennten und potenziell rivalisierenden Lagern wiederfinden würden. Dabei würde jeder verlieren; die Abwertungen/Überbewertungen würden Brüche zwischen traditionellen

Abnehmern und Zulieferern herbeiführen.

Auch beim europäischen Budget wird ein knausriger Kurs verfolgt: Jede Regierung versucht, einen guten Schnitt zu machen, statt zu überlegen, wie wir am besten die Zukunft unserer Kinder gestalten können. Sparmaßnahmen sind geboten, aber das heißt nicht zwangsläufig, dass man das Budget der EU einfrieren muss. Die aktuelle Haltung gewisser Hauptstädte beruht aber auf einer verzerrten ökonomischen Wahrnehmung und der Negierung von Größenvorteilen.

Die Idee der Europäischen Union hat Zukunft. Sie muss demokratisiert, weiterentwickelt und erneuert werden. Alle anderen Wege wären äußerst riskant.

(aus dem Französischen von Rudolf Nadler)

Li Zhang

Chinas Blick auf die Europäische Union

Die neue Weltmacht China ist für die EU Konkurrent und Partner zugleich. Nicht unwichtig ist es daher, welches Bild die chinesischen Bürgerinnen und Bürger von der Europäischen Union haben und wie die Medien mit dem Thema umgehen. Mehrere Studien bieten hier interessante Einblicke.

Li Zhang

forscht am Institut für moderne China-Studien der University of Nottingham. Seit 2004 arbeitet sie an verschiedenen Forschungsprojekten zur Wahrnehmung der EU in China. Gerade ist ihr Buch *News Media and EU-China Relations* bei Palgrave Macmillan erschienen.

Jasmineli.Zhang@nottingham.ac.uk



Während der letzten 50 Jahre hat die Europäische Gemeinschaft enorme Fortschritte bei der Integration erzielt: Grenzen wurden durchlässiger, historische Konflikte wurden überwunden, ein gemeinsamer Markt mit einer gemeinsamen Währung wurden geschaffen. Aber seitdem die Identitätskrise in der EU virulent ist, wird die

Union im Ausland immer weniger als *global player* wahrgenommen und anerkannt.

Schauen wir auf die Beziehungen zwischen den beiden schnell wachsenden Weltmächten EU und China während der letzten drei Jahrzehnte: Aus der anfänglichen bloßen Wahrnehmung des jeweiligen Machtpotenzials entwickelte sich zunächst eine konstruktive, dann eine umfassende strategische Partnerschaft, die zuweilen schon als Achse des 21. Jahrhunderts interpretiert wurde.

In diesem Zusammenhang stellt sich die Frage, wie die EU in China gesehen wird und was Chinesen von der EU erwarten. Denken Chinesen positiver über die EU als andere Nationen? Bezugneh-